Nummer 151

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 29. März 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, sowie „Welt und Wissen", täglich

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweiteilig. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöſ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat März 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Koch & Seeland
Herren- und Damen-
Stoffe
Bekleidung
Gertraudenstr. 20/21.

Ein „Reparationsprogramm".

Die Zusammensetzung der neuen Regierung Poincaré zeigt, daß der Ministerpräsident bei der Kabinettsbildung sich veranlaßt gesehen hat, die Richtungen Loucheur und Millerand in Betracht zu ziehen. Die Tatsache, daß er prominente Vertreter dieser beiden Strömungen in seine Regierung aufnimmt, darf nicht dahin gedeutet werden, daß dieses vielleicht aus Kompromissen entstandene Kabinett geringere Stoßkraft in der von Poincaré gewollten Richtung haben würde als die bisherige Regierung. Vielmehr muß man darauf gefaßt sein, daß die neue Regierung in der starken Hand Poincarés eine Konzentration der französischen Kräfte darstellt, die ja doch in Bezug auf Deutschland alle ein und dasselbe Ziel haben. Die Politik, die auf dieses Ziel losgeht und die sich auch in der nächsten Zeit nicht ändern wird, kann gerade in diesem Augenblick des Pariser Regierungswechsels durch nichts klarer erläutert werden als durch die auch in unserem gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Meldungen zweier führender Pariser Blätter, die in ihren Freitag-Morgenausgaben über angebliche Beschlüsse des ersten Sachverständigen-Ausschusses bezüglich des Reparations-Programms berichteten. Es soll hier nicht noch einmal auf die Einzelheiten dieser angeblichen Beschlüsse eingegangen werden. Es soll nur festgestellt werden, daß erstens während des sogenannten Moratoriums Deutschland Sachleistungen tätigen und die Besatzungskosten zahlen soll, und daß zweitens Deutschland nach Ablauf des Moratoriums jährlich eine Summe entrichten soll, die einen ungeheuren Prozentsatz des jetzigen Reichshaushalts ausmacht. Zu dem ersten Punkte ist zu sagen, daß unter solchen Umständen der Ausdruck „Moratorium" ein Hohn wäre. Die Besatzungskosten belaufen sich einschließlich der Kosten für die Rheinland-Kommission auf gegen 400 Millionen Goldmark jährlich. Was die Höhe der Sachleistungen, die wir tätigen sollen, anbetrifft, so schwanken die Pariser Angaben zwischen 400 und 800 Millionen Goldmark. Die im Hinblick auf die Leistungen nach Ablauf des Moratoriums genannten Summen stellen Leistungen dar, die sowohl für die deutsche Industrie wie für die Landwirtschaft, wie für den Reichshaushalt und ganz besonders für die Reichseisenbahn, die sich ja aus ihren eignen Ueberschüssen erst einmal sanieren soll, ganz unerträgliche Belastungen bilden würden. Der Plan also, den die beiden Pariser Blätter als angeblichen Beschluß des ersten Sachverständigen-Ausschusses veröffentlichen, ist so unglaublich, daß man daran zweifeln möchte, daß die Sachverständigen, die ja doch angeblich ein wirtschaftliches Gutachten abgeben wollen, zu Beschlüssen gelangt sein sollten, die nichts weiter als die Fortsetzung der Politik der durch Frankreich orientierten Reparationskommission wären. Die Sachverständigen kamen nach Berlin, um uns zu zeigen, wie man Deutschland sanieren und seine Währung stabilisieren könnte. Ein Beschluß wie der gestern gemeldete könnte selbstverständlich nur das Gegenteil erreichen. Welcher ausländische Geldgeber wird bereit sein, einem Staate auch nur die kleinste Summe zu leihen, der schon im ersten Stadium der Sanierungsaktion so ungeheuer belastet ist? Man möchte annehmen, daß die zitierten Pariser Pressemeldungen Versuche zur Beeinflussung der letzten Sachverständigen-Beratungen sind. Jedenfalls sollte man sich in Paris und London darüber klar sein, daß ein derartiges Reparationsprogramm nicht geeignet ist, die Verelendung Europas herbeizuführen, die man ja angeblich in beiden Hauptstädten so sehr ersehnt.

J.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte
(Nr. 11)

und die illustrierte Wochenbeilage

Das Leben im Bild.

Das neue Kabinett Poincaré.

Paris, 28. März.

Havas verbreitet um 5 Uhr nachmittags folgende neue Ministerliste:

Vorsitz und Aeußeres: Poincaré;
Justiz und Vizepräsidentschaft: Raoul Péret;
Inneres: de Selves;
Krieg: Maginot;
Oeffentliche Arbeiten: Le Trocquer;
Finanzen: François Marsal;
Handel: Loucheur;
Marine: Bokanowski;
Arbeit: Daniel Vincent;
Unterricht: Henri de Jouvenel;
Landwirtschaft: Lefebvre du Prey;
Befreite Gebiete: Louis Marin;
Kolonien: Oberstleutnant Fabry.

Havas zufolge treten die neuen Mitarbeiter Poincarés bereits um 5½ Uhr zu einer Sitzung am Quai d'Orsay zusammen.

ccaParis, 28. März.

Raoul Péret verließ Poincaré um 5 Uhr 40. Min. Es verlautet, daß er die Uebernahme des Justizministeriums abgelehnt hat. Wenige Minuten danach begaben sich diejenigen Parlamentarier, die ihre Bereitwilligkeit zur Uebernahme der ihnen angebotenen Portefeuilles erklärt hatten, gemeinsam zu Poincaré, nämlich de Selves, Le Trocquer, de Jouvenel, Marsal, Loucheur und Vincent. Auch Maginot und Bokanowski fanden sich kurz darauf bei Poincaré ein. Nach einer Unterhaltung von etwa einer Viertelstunde begaben sich die Genannten nach der Kammer, um gemeinsam den Versuch zu machen, Péret zu einer Aenderung seiner Ansicht zu bewegen und das Justizministerium zu übernehmen.

Paris, 28. März.

Das neue Ministerium Poincaré ist gebildet. Seine Zusammensetzung entspricht der zuletzt ausgegebenen vorläufigen Liste mit Ausnahme des Justizministeriums, dessen Uebernahme der Kammerpräsident Raoul Péret abgelehnt hat. **An seine Stelle tritt der für das Ackerbauministerium vorgesehene Abgeordnete Lefevre du Prey,** der frühere Landwirtschaftsminister im Ministerium Briand. **Ackerbauminister wird der Abgeordnete Capus,** der Bruder des verstorbenen Direktors des „Figaro" und des bekannten Dramatikers Alfred Capus. Er gehört mit Bokanowski der republikanischen und sozialen Fraktion an.

Der Gang der Verhandlungen.

cca Paris, 28. März.

Poincaré hat im Verlauf des heutigen Tages seine Besprechungen mit politischen Persönlichkeiten zur Bildung des neuen Kabinetts fortgesetzt. Gegen 3 Uhr erklärten die Senatoren Marsal, Jouvenel, Loucheur und de Selves, daß sie die ihnen angebotenen Posten angenommen hätten. De Selves bedeutet gegenüber dem bisherigen Minister des Innern eine gewisse Orientierung nach rechts. Seine Ernennung kann ohne Zweifel als ein bedeutendes Zeichen der Kompromißlösung angesprochen werden, die die Zusammensetzung des neuen Kabinetts darstellen wird. Kurz nach den oben genannten Personen verließ Abgeordneter Vincent den Quai d'Orsay und teilte seinerseits mit, daß er das ihm angebotene Arbeits- und Hygiene-Ministerium angenommen habe. Das Kolonialministerium hat der bekannte Oberst Fabry angenommen, der zu den französischen Vertretern in der Abrüstungskommission des Völkerbundes gehört.

Kammersitzung am Montag.

Paris, 28. März.

Die Kammer hat heute nachmittag beschlossen, erst am Montag vormittag wieder zusammenzutreten. Es soll am Montag nur über das Budgetsmöglichkeit für April verhandelt werden, um seine Erledigung auf alle Fälle sicher zu stellen.

5. Parteitag der Deutschen Volkspartei.

TU Hannover, 28. März.

Vor Beginn der öffentlichen Sitzungen des Parteitages der Deutschen Volkspartei trat der Zentralvorstand der D. V. P. am Freitag, 28. März, in Hannover zu einer Sitzung zusammen. Die Versammlung fand in dem großen mit schwarz-weiß-roten Fahnen und den Büsten Bismarcks, Lassermanns und Bennigsens geschmückten Saale des Park-Hauses statt und war aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Anwesend waren 361 Vertreter. Als Vorsitzender des Zentralvorstandes erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein kurzes Referat über die politische Lage und die Politik der Partei. Stürmischer, immer wieder erneut einsetzender Beifall folgte seinen Ausführungen. Daran schloß sich die Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte. Die Aussprache wurde in einem Geiste geführt, der bewies, daß die Mitglieder der D. V. P. sich nicht nur Parteifreunde nennen, sondern es auch sind. Zur Gründung der Nationalliberalen Vereinigung wurde gegen vereinzelte Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

Der Zentralvorstand stellt fest, daß politische Organisationen und ähnliche Verbindungen von Mitgliedern innerhalb der Partei nur möglich sind, soweit die Satzungen dieses gestatten oder die zuständigen Parteiinstanzen sie ausdrücklich genehmigen. Andere politische Organisationen innerhalb der Partei sind nicht möglich.

Zu diesem Beschluß des Zentralvorstandes erklärten die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung folgendes:

Die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung erklären, daß sie nach der von dem Zentralvorstande festgestellten Einmütigkeit in den politischen Auffassungen bei ihren Freunden für die Ausführung des heutigen Beschlusses des Zentralvorstandes eintreten werden.

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch bei der einstimmigen Annahme des von Herrn Professor Dr. Leidig verfaßten Wahlaufrufes.

Englands Handelskammern gegen die Besatzungslasten Deutschlands.

London, 28. März.

Der Schatzkanzler empfing heute eine Abordnung der Vereinigung der britischen Handelskammern mit ihrem Präsidenten Sir Arthur Balfour an der Spitze. Balfour, der die Abordnung vorstellte, führte aus, die Vereinigung umfasse 125 Handelskammern in Großbritannien und im Auslande und vertrete 46 000 Mitglieder. Die Abordnung sei der Meinung, daß eines der schwierigsten Probleme für das Land die Frage der Arbeitslosigkeit sei, und sie sei überzeugt, daß der einzige Weg zu einer befriedigenden Lösung des Arbeitslosenproblems in einer Steigerung des Handels liege. **Als Wirtschaftler und als Glieder der Gemeinschaft erwarteten sie eine Verringerung der militärischen Besetzung Deutschlands zu dem frühstmöglichen Termin. Denn ihrer Meinung nach sei die Besetzung deutschen Gebiets nicht der Weg, um zu befriedigenden Reparationseinnahmen zu gelangen.** Solange Frankreich und 900 Millionen und Italien 232 Millionen Pfund Sterling schulden, ist es unfair, daß wir in unserem Handel mit fremden Ländern unter dem französischen und italienischen Wettbewerb leiden. Mit Bezug auf Rußland drang die Abordnung in den Schatzkanzler, er möge bei seinen Verhandlungen auf einer reinlichen Scheidung zwischen der Frage der Kriegsschulden und des Vorkriegseigentums und den politischen Fragen bestehen.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte gestern den zugendlichen Reisenden Heinrich Simons aus Bickrath (Rheinland) wegen Hochverrats und Spionage zu 5 Jahren Zuchthaus, 500 Goldmark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust. Der Staatsgerichtshof sieht als festgestellt an, daß der Angeklagte im Frühjahr 1923 mit Leuten der Smeetspartei in Verbindung getreten ist.

Der Blick gen Osten.

Von

Arnold Seglitz.

Die Grenzen der politischen Empfindung des deutschen Bürgers sind gewöhnlich die Grenzen seines Landes. Die Schwäche seines politischen Denkens und Fühlens ist die Verwechselung von Ursache und Wirkung. Im Nebel der Parteipolitik verirrt, ist ihm der Blick für die großen außenpolitischen Zusammenhänge getrübt. Für ihn sind die Dinge „Probleme", und die Wirkung politischer Kombinationen des Auslandes in Deutschland registriert er fein bürokratisch in gesonderte Vorgänge. „Problem" ist ihm der Raub der Kolonien, der Raub eines großen Teiles seiner Industrie und Provinzen köstlichsten Nährbodens; „Problem" seine Wehrlosmachung und die Reparationen. Über diese Probleme hockt er mit der Ausdauer und Hingabe eines Sterndeuters im stillen Studierkämmerlein, während draußen die Welt ungehindert ihren natürlichen Entwicklungsgang geht.

Er sieht nicht klar genug, daß Deutschland durch die künstliche neue Konstellation seiner politischen Grenzen jedergeit von den Welmeeren abgesperrt werden kann, daß die Ein- und Ausfuhrkanäle seiner Industrieerzeugnisse, seiner lebensnotwendigsten Rohstoffe durch die wirtschaftlichen und politischen Verträge uns feindlicher Staaten jedergeit verstopft werden können, daß die Wehrlosmachung des deutschen Volkes nicht den „Sicherungen" dienen soll, sondern den Zweck verfolgt, Deutschland gänzlich der Gnade eines feindlichen Nachbars auszuliefern, dessen Ziel die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands ist.

Darüber zu deuteln, trotz der gegenseitigen Versicherung Poincarés, ist, angesichts der bereits geschaffenen Tatsachen, Narrheit und geschäftlicher Selbstbetrug.

Die geographische Lage Deutschlands ist bestimmend für sein Schicksal, und dieses wiederum läßt sich nur durch politische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern bestimmen. Aus diesen gegeben Tatsachen heraus, muß Deutschland einen Ausweg aus der Umklammerung suchen, um für das noch schwere Kriegs- und noch schwerere „Friedensjahren" ausgehungerte Volk neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen, die Ernährung für Millionen Darbender zu sichern, seinem Fleiß und Unternehmergeist neues Feld zu gewinnen auf der Basis eines natürlichen Güteraustausches.

Was ist natürlicher, als daß das Auge ostwärts nach neuen Ufern späht? Daß das instinktive Gefühl dem Deutschen sagt, daß seine Zukunft in hohem Maße in dem zukünftigen Osten liegt? Daß das zukünftige Verhältnis des industriellen Deutschlands zu dem rein agrarischen Rußland eine für die Gesundung der deutschen Wirtschaft ausschlaggebende Rolle spielen wird?

Freilich, die sich stark widersprechenden Nachrichten aus Rußland, die zu uns dringen und zum größten Teil je nach dem politischen Lager, aus dem sie kommen, tendenziös gefärbt sind, machen es uns schwer, ein richtiges Bild von dem heutigen Rußland zu gewinnen. Die Tatsache aber tritt stark in die Erscheinung: das kommunistische Experiment mit der russischen Industrie war ein Fiasko und führte zum vollständigen Ruin der Produktion, sodaß Moskau gezwungen war, dem demokratischen Prinzip schon recht bedeutende Konzessionen zu machen.

So interessant diese Entwicklung für das Verhältnis künftiger industrieller Beziehungen zu Groß-Rußland für den deutschen Wirtschaftler sein möge, so wird er trotz des auf realpolitischer Grundlage ruhenden Vertrages von Rapallo die geschäftlichen Beziehungen zu Rußland mit der größten Skepsis behandeln, solange die wirtschaftlichen Erfolge nicht auch politisch gesichert sind.

Aber der Schwerpunkt für unsere Beziehungen zum Osten ruht nicht auf dem von Moskau infizierten, sogenannten Groß-Rußland, sondern ausschlaggebend für unseren politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau ist das Land zwischen Dnjepr und Don, ist allein die Ukraine, die gesegnete Kornkammer Europas, wo der Deutsche heute noch Sympathien hat und seine industriellen Erzeugnisse ersehnt sind.

Es wäre eine der notwendigsten Aufgaben der deutschen Regierung, mit starkem Willen und in großzügigem Geiste die gegenseitigen Verbindungen zu pflegen und zu fördern, die gemeinsamen Interessen zu verbinden, dem nach deutschen Industrieerzeugnissen hungernden Land auf dem Wege des Austausches ein Abhetzgebiet seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu schaffen. Aber in dieser Hinsicht ist von deutschen zuständigen Stellen viel gesündigt

Selbstspanner-Doppelflinte
„Rheinmetall"
SYSTEM ANSON & DEELEY
Beste u. billigste Selbstspanner-Doppelflinte mit unerreichter Schussleistung.

RHEINMETALL-
HANDELSGESELLSCHAFT M.B.H.
Berlin W 8, Friedrichstr. 56/57
Lieferwerk Sömmerda i/Thür.